

MDL-NEWSLETTER

4/2022

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



Ein starkes Team
Ministerpräsident Hendrik Wüst (M.) mit
den Abgeordneten aus dem Kreis Heinsberg
Thomas Schnelle und Bernd Krückel

LAND VERANTWORTUNG

Ausschüsse und Fraktion

Liebe Leserinnen und Leser, nach der Sommerpause hat der politische Betrieb auch im Landtag Nordrhein-Westfalen wieder seine Arbeit aufgenommen.

Wir beide als gewählte Vertreter für den Kreis Heinsberg möchten Sie und Euch in dieser neuen Legislaturperiode weiterhin regelmäßig mit aktuellen Informationen versorgen. Was tut sich in Düsseldorf, was steht auf der politischen Agenda, was ist wichtig für den ländlichen Raum und insbesondere den Kreis Heinsberg.

Neben diesem Format des Newsletters bieten wir regelmäßige Informationen auch auf unseren Internetseiten sowie in den Sozialen Medien und Netzwerken an. Wir freuen uns über Abonnenten und Follower und ihr Interesse an unserer Arbeit.

Doch Kommunikation ist keine Einbahnstraße, deshalb freuen wir uns auch über Feedback, Lob und Anregungen sowie konstruktive Kritik sind herzlich willkommen. Unsere Kontaktdaten finden Sie unten auf dieser Seite.

Bernd Krückel: „Ich bin bei den Neuwahlen des Vorstands der CDU-Landtagsfraktion erneut zum Finanzbeauftragten gewählt worden. Als Vertreter des Heinsberger Südkreises freue ich mich, zum fünften Mal Abgeordneter im Landtag zu sein. In der Funktion als Finanzbeauftragter bin ich schon in der dritten Amtszeit Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Fraktion. Das ist eine fordernde und verantwortungsvolle Aufgabe, der ich mich gerne auch in der neuen Legislaturperiode stelle und auf die ich mich freue.“

Thomas Schnelle: „Mir ist es eine Ehre, den stellvertretenden Vorsitz im Petitionsausschuss auch in der neuen Legislaturperiode innehaben zu dürfen. Die Arbeit mit dem Petitionsreferat im Landtag sowie die parteiübergreifende Zusammenarbeit empfinde ich als überaus konstruktiv. Wir haben viele ganz konkrete Anliegen und Probleme von Mitbürgerinnen und Mitbürgern gemeinsam lösen können – das ist ein sehr zufriedenstellendes Gefühl. Deshalb werden wir auch in den kommenden fünf Jahren viel Herzblut in die Petitionsarbeit stecken.“

Dieser Newsletter erscheint planmäßig nach den Plenarsitzungen und berichtet neben den Entscheidungen und Vorhaben aus Düsseldorf über wichtige Ereignisse aus dem Kreis Heinsberg. ■



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 15. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

PETITIONSAUSSCHUSS

Stellvertretender Vorsitz

Gut 5.000 Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern erreichen den Landtag von NRW jährlich. Die Arbeit des Petitionsausschusses, in dem Thomas Schnelle erneut zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt wurde, hält unsere Demokratie lebendig:

Zuhören, kümmern, Probleme lösen – die auch als Seismograph der Gesellschaft beschriebenen Petitionen erfordern harte Arbeit. Harte Arbeit, die sich jedoch für jedes positive Ergebnis lohnt, das für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger errungen wird.

Über 20 Ausschussmitglieder sowie Mitarbeiter der Verwaltung bearbeiten die Petitionen. Inhaltliche Schwerpunkte liegen seit Jahren im Sozialrecht, in den Bereichen Wohnen, Bauen, Umwelt und Verkehr sowie im Ausländerrecht. Viele Petitionen gingen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein. Erreichen den Landtag mehr als hundert Gesuche zu einer Thematik, ist von „besonderen Petitionen“ die Rede.

Der Ausschuss tagt rund 15 Mal im Jahr in nicht-öffentlicher Sitzung. Zu jeder Petition holt das Petitionsreferat eine Stellungnahme der zuständigen Behörde ein und gibt eine Bewertung ab. In den meisten Fällen sind die Stellungnahmen und die Recherchen der Landtagsverwaltung ausreichend, damit die Abgeordneten eine Bewertung des Sachverhalts vornehmen können. Wenn sich kein aus-



Die Übergabe des Halbjahresberichts des Petitionsausschusses 2018:
Thomas Schnelle, André Kuper, Serdar Yüksel und Christina Weng.

reichendes Bild bietet oder Fragen offenbleiben, beschließt der Ausschuss, das aufwendigere Verfahren der Erörterung nach Artikel 41a der Landesverfassung durchzuführen – das geschieht in 15 bis 20 % der Fälle.

Mit einer Petition hat jede Bürgerin und jeder Bürger die Chance auf eine aktive Teilnahme am politischen Geschehen; es kann letzten Endes sogar auf politische Entscheidungsprozesse eingewirkt werden. Die Bedeutung einer solchen Beteiligungsmöglichkeit sollte nicht unterschätzt werden. Denn eine Demokratie, die besonderes Augenmerk auf Partizipation legt, ist eine lebendige Demokratie und das Petitionsrecht ist in dieser Hinsicht ein unverzichtbarer Baustein.

Alle Bürgerinnen und Bürger dürfen Petitionen einreichen, auch Kinder, Jugendliche, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und Gruppen wie Vereine, Schulklassen oder Bürgerinitiativen.

Eine Petition muss schriftlich eingereicht werden, Namen und Adresse des Absenders enthalten und unterschrieben sein. Über die Internetseite des Landtags www.landtag.nrw.de können Petitionen auch online eingereicht werden. Wenn Urteile gesprochen sind oder in privatrechtlichen Auseinandersetzungen ist der Petitionsausschuss nicht zuständig. Fragen beantwortet das Petitionsreferat des Landtags unter Telefon: 0211/884-2143/4248 oder per E-Mail an petitionsausschuss@landtag.nrw.de. ■

NEUER VORSTAND

für die CDU-Landtagsfraktion

Die CDU-Landtagsfraktion hat eine neue Spitze! Kurz vor Beginn der Sommerpause haben die 76 Abgeordneten einen neuen geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewählt. Neuer Fraktionsvorsitzender ist der gelernte Betriebswirtschaftler und Journalist **Thorsten Schick** aus dem Märkischen Kreis.

Der neue Parlamentarische Geschäftsführer ist **Matthias Kerckhoff**, der dieses Amt auch in der vergangenen Wahlperiode ausgeführt hat.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind **Gregor Golland**, **Jan Heinisch**, **Fabian Schrupf**, **Christina Schulze Föcking**, **Klaus Vosse** und **Bianca Winkelmann**.

Beisitzer sind **Dr. Günther Bergmann**, **Florian Braun**, **Angela Erwin**, **Katharina Gebauer**, **Hendrik Schmitz** und **Heike Wermer**.

Komplettiert wird das Team durch Justiziar **Jörg Geerlings**.

Bernd Krückel ist bei den Neuwahlen des Vorstands der CDU-Landtagsfraktion erneut zum Finanzbeauftragten gewählt worden. Den Heinsberger Südkreis vertritt er nun schon zum fünften Mal im Landtag und in der Funktion als Finanzbeauftragter ist er in der dritten Amtszeit Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Landtagsfraktion.

In der ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause haben die 76 Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion zudem die Fachspre-

cherinnen und -sprecher für die Ausschüsse gewählt. Das sind wichtige strategische Weichenstellungen für die größte regierungstragende Fraktion im Landesparlament.

Die Sprecher und Ansprechpartner für die Ressorts

Innenausschuss: **Dr. Christos Katzidis**

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: **Dr. Christian Untrieser**

Ausschuss für Schule und Bildung: **Claudia Schlottmann**

Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung: **Jochen Ritter** (Bauen und Wohnen), **Björn Franken** (Digitalisierung)



Der neu gewählte Vorstand der CDU-Landtagsfraktion. (Foto: Ralph Sondermann)

NEUE SPRECHER/-INNEN

Ausschuss für Heimat und Kommunales: **Heinrich Frieling**

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume: **Markus Höner** (Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Forsten und ländliche Räume), **Dr. Ralf Nolten** (Umwelt und Naturschutz)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales: **Marco Schmitz**

Haushalts- und Finanzausschuss: **Olaf Lehne**

Verkehrsausschuss: **Oliver Krauß**

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend: **Jens Kamieth**

Sportausschuss: **Jens-Peter Nettekoven**

Ausschuss für Kultur und Medien: **Heike Wermer** (Kultur), **Andrea Stullich** (Medien)

Rechtsausschuss: **Angela Erwin**

Wissenschaftsausschuss: **Raphael Tigges**

Integrationsausschuss: **Dietmar Panske**

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen: **Heike Troles**

Petitionsausschuss: **Dr. Günther Bergmann**

Hauptausschuss: **Daniel Hage-meier**

Ausschuss für Europa und Internationales: **Romina Plonsker**

Ausschuss für Haushaltskontrolle: **Bernd Krückel**

Wahlprüfungsausschuss: **Matthias Kerkhoff**

Unterausschuss Bergbausicherheit: **Wilhelm Korth**

Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen: **Hendrik Schmitz**

Unterausschuss Personal: **Jörg Blöming**

Kinderschutzkommission: **Charlotte Quik**

Die Sprecherinnen und Sprecher sind zentrale Ansprechpartner für ihren Fachbereich und Schnittstelle zwischen Praxis und parlamentarischer Arbeit. Diese kann jetzt in den Arbeitskreisen und Ausschüssen voll starten. ■



Die Sprecherinnen und Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

— NRW VERBRECHEN BEKÄMPFEN,

bevor sie begangen werden

Mit dem Programm „**Kurve kriegen**“ aus dem Innenministerium von Herbert Reul werden Kinder überall in NRW wieder auf die rechte Bahn gebracht. Das Programm zeichnet Erfolgsquoten von 40 % der Teilnehmer, die nach dem Programm nicht mehr straffällig werden. Zum Vergleich: Unsere klassische Institution der Resozialisierung, die Strafvollzugsanstalt, weist in vergleichbaren Deliktsbereichen Rückfälligkeitsraten von gut 70 % auf. Der Unterschied ist sogar noch weit größer, betrachtet man die Wiederholungstäter, auf denen im „**Kurve kriegen**“ Programm der Fokus liegt.

Mit der Initiative, die Jugendhilfe und Polizeiarbeit miteinander verbindet, werden nämlich Intensivtäter – oder potenzielle Intensivtäter – in den Blick genommen. Da der Großteil der Straftaten im Bereich Jugendkriminalität von höchstens 10 % der Täter insgesamt begangen werden, ist dieser Ansatz sehr wirksam. Betrachten wir die Zahlen, heißt dies, dass wir eine weit höhere Quote als 40 % der Straftaten verhindern können, wenn wir 40 % dieser Tätergruppe resozialisieren.

Bisher gehen mit einem jugendlichen Intensivtäter etwa 1,7 Millionen Euro an sozialen Folgekosten einher, die er oder sie bis zum 25. Lebensjahr direkt oder indirekt verursacht. Eine mögliche Entwicklung zum oder zur „Intensivtäterin“ oder „Intensivtäter“ zeichnet

sich häufig frühzeitig, oftmals bereits im Kindesalter ab.

Genau hier setzt das Programm bereits an. Mit einem dichten Netz von Schule, Jugendamt, Jugendsozialarbeit, pädagogischen Fachkräften und Polizei können kriminalitätsgefährdete Kinder – wir sprechen von einer Tätergruppe zwischen 8 und 15 Jahren – durch ein Risikoscreening früh identifiziert werden. Besonders die Lebensumstände sind bestimmende Risikofaktoren, welche eine mögliche Kriminalität fördern.

Mit Blick auf die vielen Opfer, die enormen sozialen Folgekosten sowie ihre erwartbare soziale Randständigkeit muss die Intervention frühestmöglich erfolgen – und zwar bevor die „Karriere“ Fahrt aufnimmt.

Die Arbeit in der Praxis besteht nach der Identifizierung der kriminalitätsgefährdeten Kinder aus maßgeschneiderter pädagogischer Arbeit, die auf die Lebenswirklichkeit der Personen zugeschnitten ist. Der Werkzeugkoffer der Fachkräfte besteht aus Elementen wie Kompetenztrainings, integrativen Angeboten, freizeitpädagogischen Maßnahmen und weiteren Hilfen wie Nachhilfe, Sucht- oder Schuldenberatung. Denn diese Zielgruppe von potenziellen Tätern machen nicht nur Probleme, sie ha-

ben oft selber auch eine Vielzahl davon.

Die hohen Erfolgsquoten sprechen für das Programm, das nicht nur Kriminalität verhindert, sondern auch enorme Folgekosten einspart und jungen Menschen die Chance auf ein besseres Leben bietet. Daher finanziert das Land Nordrhein-Westfalen „**Kurve kriegen**“ über den Etat des Innenministeriums und auch in der neuen Legislaturperiode soll die Kriminalitätsprävention weiter gestärkt werden. ■



LAND VOLLER INITIATIVE

in die neue Legislaturperiode

Die CDU-Fraktion im Landtag NRW hat mit dem neuen Koalitionspartner bereits in der ersten Plenarwoche nach den konstituierenden Sitzungen einen ganzen Satz Anträge eingebracht, zur Energiekrise, zu Putins Krieg und zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in NRW. Die großen Finanzpakete werden zwar durch die Hand der Bundesregierung zusammengestellt, aber auch wir im Land haben Spielräume, die teils umstrittenen Vorstöße der Ampel zu ergänzen.

Im Rahmen der explodierten Energiepreise geben wir in unserem Antrag „Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zusammenhalten und unterstützen“ der Landesregierung unter anderem den Auftrag, die Förderprogramme zu Energieeffizienz und Energieeinsparmaßnahmen zu stärken sowie die landeseigenen Liegenschaften besonders energiesparsam zu betreiben.

Im selben Geiste fordert unser Antrag zur Steuerbefreiung von kleinen Photovoltaik-Anlagen Umsatz- wie Ertragssteuerbefreiung für kleine – meist private – Solaranlagen, damit Bürgerinnen und Bürger zu Investitionen in die Erneuerbaren angeregt werden sowie die kleinen Produzenten von Solarstrom zu fördern.

Für direkte Hilfe für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, fordert unser Antrag „Familien und Menschen mit geringem Einkommen gezielt entlasten“, dass unter anderem Gespräche mit den Energieversorgern aufgenommen werden, um im kommenden Winter Strom- und Gassperren auszusetzen, bei denen die Kunden nicht zahlen können. In einer solchen Krise sind solche Zwangsmaßnahmen nicht angemessen, vor allem, da der Staat selbst nun vielen Energieunternehmen finanziell unter die Arme greift.

Um unsere Solidarität mit der Ukraine auch in Taten zu zeigen, beauftragen wir die Landesregierung mit unserem Antrag „Nachbarn, die einander helfen“ eine umfassende Regionalpartnerschaft mit der Ukraine auszuloten. Falls von ukrainischer Seite Interesse besteht, werden wir nach dem Vorbild unserer französischen oder Benelux-Partnerschaften Kooperationen auf den Weg bringen, die von wirtschaftlicher Zusam-

menarbeit und wissenschaftlicher Kooperation bis hin zu kulturellem- und zivilgesellschaftlichem Austausch (z. B. Schüleraustausche) reichen können.

Daneben beantragen wir, dass die Regierung für eine mögliche Corona-Welle im Winter frühzeitig klare Maßnahmen kommuniziert und Gelder sowie Ressourcen bereitstellt, um die Gegenmaßnahmen schnell hochfahren zu können. Unser Ziel ist dabei, die gesellschaftliche Teilhabe im Herbst und Winter sicherzustellen, während schwere Ausbrüche regional verhindert werden.

Insgesamt zeigen die vielen Initiativen, wie wir mit voller Kraft in die Legislaturperiode starten, die Herausforderungen der Krise angehen, um dort zu helfen, wo die Programme des Bundes nicht greifen.

Wir können auch berichten, dass sich die Zusammenarbeit mit der Grünen-Fraktion zum Wohle des Landes produktiv gestaltet – in jedem Falle jetzt

in der Krise, in der sich unsere Forderungen überschneiden – und die neue NRW-Koalition ohne die Zwietracht, die wir von der Ampel her kennen, progressiv in die Zukunft geht. ■

